

NACHRICHTEN

CDU will Neuanfang machen

ESSEN: Nach Monaten der Skandale und Erschütterungen will die CDU zur Sachpolitik zurückkehren. Den ersten Schritt stellt der Parteitag vom Montag in Essen mit der Neuwahl der Führungsspitze dar. «Wir müssen einen Neuanfang machen», sagte der scheidende Parteichef Wolfgang Schäuble nach den vorbereitenden Sitzungen von Präsidium und Vorstand am Sonntagnachmittag. Er sei sich sicher, dass «der Parteitag wirklich zur Sache kommen wird». Zuvor hatte auch die künftige Parteivorsitzende Angela Merkel klargestellt, die CDU brauche neue inhaltliche Orientierung: «Unser Motto heisst: Zur Sache!» Die Partei müsse jetzt wieder den Streit mit der Bundesregierung aufnehmen. In Essen soll neben Merkel die gesamte Führung der CDU neu gewählt werden. Zudem sollen durch Änderungen der Finanzstruktur Konsequenzen aus dem Spendenskandal gezogen werden. Auch drastische Sparmassnahmen sind vorgesehen.

Papst spricht Geistliche selig

ROM: Papst Johannes Paul II. hat am Sonntag in Rom einen deutschen Priester, einen kolumbianischen Geistlichen und drei Ordensschwester selig gesprochen. An der Zeremonie auf dem Petersplatz in Rom nahmen nach Angaben des Vatikans etwa 40 000 Menschen teil.

Einigung über Waffenstillstand in Kongo

NAIROBI: Die Kriegsparteien in der Demokratischen Republik Kongo haben sich auf einen neuen Waffenstillstand geeinigt. Der britische Radiosender BBC meldete am Sonntag, dass die Waffen vom 14. April an schweigen sollen. Diese Vereinbarung sei nach langwierigen Verhandlungen der gemeinsamen Militärkommission erreicht worden. Darin sitzen Vertreter der Regierung der Demokratischen Republik Kongo (ehemaliges Zaïre) und fünf weiterer afrikanischer Staaten sowie Abordnungen der Rebellen.

Grenzgebiet mit Raketen beschossen

KIRJAT SCHMONA/TYRUS: Das Grenzgebiet zwischen Südlibanon und Israel ist am Sonntag von Libanon aus mit Raketen beschossen worden. Die israelische Hilfsmiliz SLA meldete, ein sechsjähriges Mädchen sei dabei unweit der Grenze verletzt worden. Einige der zwölf Katjuscha-Raketen trafen auch den Norden Israels. Wenige Stunden zuvor waren bei israelischen Bombenangriffen vier libanesischen Zivilisten verletzt worden. Dies wiederum war ein Vergeltungsangriff, weil die schiitische Hisbollah-Miliz zuvor zwei Mitglieder der israelischen Hilfsmiliz SLA verletzt hatte. Israel will seine Truppen bis Ende Juli aus Südlibanon abziehen.

Barak reist nach Washington

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton schaltet sich erneut persönlich in die Friedenssuche im Nahen Osten ein. Das US-Präsidialamt teilte mit, Clinton habe Israels Regierungschef Ehud Barak für Dienstag zum Gespräch nach Washington gebeten. Nach Medienberichten will Barak vor allem über eine mögliche Beschleunigung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen sprechen. Am 20. April 2000 empfängt Clinton Palästinenserpräsident Jassir Arafat. Auf dem Washingtoner Luftwaffenstützpunkt Bolling verhandeln Experten zurzeit über die dritte und letzte Phase des israelischen Abzuges aus dem besetzten Westjordanland.

Peru wählt Präsidenten und Parlament

LIMA: In Peru sind am Sonntag nach einem als äusserst unfair kritisierten Wahlkampf für das Präsidentenamt Staatschef Alberto Fujimori (61) und Alejandro Toledo (54) in einem Kopf-an-Kopf-Rennen gegeneinander angetreten. Fujimori strebt eine von der Verfassung verbotene dritte Amtszeit an. Es wurde mit einer Stichwahl gerechnet, da keiner der beiden Spitzenreiter auf mehr als 50 Prozent der Stimmen hoffen konnte. Weitere sieben Kandidaten galten als chancenlos. Trotz zahlreicher in- und ausländischer Wahlbeobachter wurden massive Wahlfälschungsversuche zu Gunsten Fujimoris befürchtet.

Dramatische Zitterpartie

Wahlen in Griechenland – ND und Pasok bei Redaktionsschluss fast gleichauf

ATHEN: Die Parlamentswahlen in Griechenland wurden in der Nacht zum Montag zu einer Zitterpartie für die beiden grossen Parteien des Landes. Sie lieferten sich bis am späten Sonntagabend ein spannendes Rennen mit wechselnder Führung.

Nach Auszählung von 10,2 Prozent der Stimmen lag die regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) von Ministerpräsident Kostas Simitis nach Angaben der zentralen Wahlkommission mit 44,2 Prozent knapp in Front. Die bürgerliche Neue Demokratie (ND) von Oppositionsführer Kostas Karamanlis verbuchte 42,1 Prozent. Meinungsforscher sahen bis zu einem Ergebnis eine lange Wahlnacht voraus. «Es wird einen Kampf Stimme um Stimme geben», sagte ein Experte. Die Resultate aus den Ballungszentren standen noch aus.

Nach den Prognosen wird die Kommunistische Partei (KKE) im neuen griechischen Parlament vertreten sein. Ihr wurden 5,3 Prozent gegeben.

Dagegen bangten zwei kleinere Linksparteien, das Bündnis der Linken (SYN) und die Demokratische Sozialbewegung (DIKKI), um den Einzug ins Parlament. Sie sollen den Prognosen nach knapp über der er-



Gemäss Einschätzungen war die Beteiligung an der Wahl in Griechenland rege. Für die rund neun Millionen Berechtigten bestand Wahlpflicht.

forderlichen Drei-Prozent-Hürde liegen. Simitis von der Pasok sagte nach seiner Stimmabgabe im Hafen von Piräus, es werde für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Fortschritts und mehr Wohlstand für alle gewählt. Er appellierte noch einmal an alle Griechen, den Kurs fortzusetzen, der in den vergangenen Jahren zum Erfolg geführt habe.

Karamanlis, der in Thessaloniki wählte, erklärte, er sei sicher, dass in Griechenland mit dieser Wahl eine neue Seite der Politik aufgeschlagen werde. Er ist der Neffe des früheren Staats- und Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis.

Bis auf die Zeit von 1990 bis 1993 ist Griechenland seit 1981 Pasok regiert worden. Zuletzt hatte sie im

Parlament eine Mehrheit von 161 der 300 Sitze. Die ND war mit 103 Sitzen vertreten.

Simitis hatte die Wahlen um fünf Monate in der Hoffnung vorgezogen, eine breite Mehrheit für seine Politik zu gewinnen, mit der er das Land in die Europäische Währungsunion führen will. Er konnte vor allem auf wirtschaftliche Erfolge verweisen: Der 64-Jährige hat es geschafft, die Inflation zu bremsen, das Staatsdefizit zu verringern und ein Wachstum von 3,5 Prozent zu erreichen.

Karamanlis (44) hat dagegen für sein Ziel geworben, mit intensiveren Privatisierungen und Wachstum mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit in Griechenland liegt mit 11,5 Prozent über dem EU-Durchschnitt von zehn Prozent.

Aussenpolitisch wird nicht mit einer Kursänderung gerechnet. Simitis und Karamanlis hatten erklärt, dass das Land seinen Kurs in die Richtung der vollen Integration in die europäischen Strukturen und die Politik der Normalisierung der Beziehungen zur Türkei einhalten werde. Viele Wähler demonstrierten am Sonntag ihre Begeisterung, indem sie sich in Partei-Fahnen einhüllten. Etwa 1,3 Millionen Wähler verliessen gleich zu Beginn des Wochenendes die Regionen und Grossstädte, in denen sie leben, um ihre Stimme an ihrem Geburtsort abgeben zu können.

Opposition siegt

Kommunalwahlen in Bosnien

SARAJEVO: Die bosnischen Kommunalwahlen vom Wochenende haben ein durchgezogenes Ergebnis gebracht: Während in den moslemischen Städten die multi-ethnische Opposition siegte, lagen im serbischen Landesteil offenbar die Nationalisten in Führung.

In der Hauptstadt Sarajevo eroberte die sozialdemokratische Oppositionspartei SDP nach eigenen Angaben alle vier Stimmbezirke. Auch in Tuzla und in Zenica habe seine Partei mehr als 50 Prozent der Stimmen bekommen, sagte Generalsekretär Karlo Filipovic am Sonntag.

Erstmals seit dem Krieg sei die Partei auch in Gemeinden mit kroatischer Mehrheit erstarkt. Parteichef

Zlatko Lagumdžija forderte umgehende allgemeine Parlamentswahlen. Die moslemische Nationalistenpartei SDA von Staatspräsidentenmitglied Alija Izetbegovic räumte eine teilweise Niederlage ein. SDA-Vizepräsident Sulejman Tihic sagte, im Raum Tuzla und Sarajevo habe seine Partei in vielen Kommunen die politische Kontrolle verloren.

In der bosnischen Serbenrepublik zeichnete sich dagegen zunächst kein klares Bild ab. Im Osten, einer von Extremisten dominierten Region, erhielten die Hardliner der SDS nach Medienberichten die Mehrzahl der Stimmen. Die SDS ist die Partei des als Kriegsverbrecher gesuchten Serbenführers Radovan Karadzic.

Keine EU-Sanktionen

Keine Sanktionen gegen Russland

MOSKAU: Die EU will keine neue Sanktionen gegen Russland wegen des Tschetschenien-Krieges verhängen. Die Kritik der EU und der Druck auf Moskau blieben aber unverändert, sagte der EU-Beauftragte für die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, der russischen Zeitung «Wremja MN».

Die Lage in Tschetschenien spitzte sich am Wochenende wieder zu. Zahlreiche russische Posten gerieten unter den Beschuss von Rebellen. Die russischen Streitkräfte setzten ihre Angriffe mit Artillerie und Kampffliegern fort, unbeeindruckt von dem vergangene Woche in Strassburg angedrohten Ausschluss Russlands aus dem Europarat.

Der französische Präsident Chirac forderte von Staatschef Putin in einem Telefonat eine politische Lösung für Tschetschenien. Der Konflikt dürfte auch Thema des EU-Aussenministerrats in Luxemburg sein, zu dem Russlands Aussenminister Igor Iwanow erwartet wird.

Moskau schliesse vorbeugende Schläge gegen Rebellenlager auch in Afghanistan nicht aus, sagte der Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Sergej Iwanow, am Samstag nach Gesprächen in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe. Nach Medienberichten werden die moslemischen Rebellen in Tschetschenien mit Waffen und Geld von den radikal-islamischen Taliban-Milizen in Afghanistan unterstützt.

Wahrscheinlich Schewardnadse

Präsidentenwahl in Georgien

TIFLIS: Bei der Präsidentenwahl in Georgien ist Staatschef Eduard Schewardnadse am Sonntag ersten Ergebnissen zufolge mit klarer Mehrheit wiedergewählt worden. Die Wahl war von massiven Vorwürfen der Wahlfälschung überschattet.

Der frühere sowjetische Aussenminister habe nach Auszählung der Stimmen in 47 der 75 Distrikte rund 68 Prozent der Stimmen erhalten, teilte die Zentrale Wahlkommission am Abend in Tiflis mit.

Der schärfste Rivale, der frühere Kommunistenchef Dschumber Patiaschwili, kam demnach auf 22 Prozent. Für einen Sieg in der ersten Runde brauchte der 72-jährige Schewardnadse mehr als 50 Prozent.

Der Wahlleiter Dschumber Lominadse erklärte, es seien keine groben Verstösse festgestellt worden. Patiaschwili dagegen warf der Wahlkommission vor, sie arbeite «so, wie es die Führung wünscht». Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 64,7 Prozent der

etwa 3,2 Millionen Stimmberechtigten. Der unabhängige georgische Fernsehsender Rustawi berichtete aber, in einigen Wahllokalen hätten die örtlichen Verwaltungschefs gleich Dutzende Stimmzettel in die Urnen geworfen.

Es war die zweite direkte Präsi-

dentwahl seit der Unabhängigkeit Georgiens 1991. Schewardnadse, der seit acht Jahren an der Spitze Georgiens steht, traf auf fünf Gegenkandidaten. Er hat die christliche Republik auf Westkurs gebracht und hofft auf Beitrittsverhandlungen mit der NATO ab 2005.



Bei der von Vorwürfen der Wahlfälschung überschatteten Präsidentenwahl in Georgien steuert Amtsinhaber Eduard Schewardnadse auf einen knappen Sieg im ersten Durchgang zu. (Bild: Keystone)

Bisky und Gysi treten ab

MÜNSTER: Gut zehn Jahre nach ihrer Gründung stehen die deutschen Reformkommunisten (PDS) vor einem umfassenden Führungswechsel: Nach Parteichef Lothar Bisky kündigte am Sonntag auch der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi für den Herbst seinen Rückzug an. Der 52-Jährige machte am PDS-Parteitag in Münster persönliche Gründe für seinen Schritt geltend. Die Jahre in Schlüsselpositionen der Partei seien für ihn eine «ausgesprochen schwere Zeit» gewesen. Er galt bereits seit längerer Zeit als amtsüde. Der scharfzüngige Jurist ist der bekannteste Politiker der PDS, die 1990 nach dem Fall der Berliner Mauer aus der ehemaligen DDR-Staatspartei SED entstand. Bis 1993 war Gysi Parteichef, seit 1990 steht er an der Spitze der PDS-Abgeordneten, zunächst in der frei gewählten DDR-Volkshammer, später im gesamtdeutschen Bundestag. Seit 1971 betätigte er sich als Anwalt in Ostberlin, unter anderem verteidigte er auch Regimekritiker.